



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ein unbequemer Konservativer : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

frage ihre Aufmerksamkeit schenkte, bisher ist das nur sehr wenig geschehen. Deshalb haben wir hier die Gelegenheit wahrgenommen, weitere Kreise auf diese Übelstände hinzulenken, die sich bisher der Öffentlichkeit völlig entzogen haben.

Doch wir wollen nicht länger bei ihrer Betrachtung verweilen, sonst könnten diese kurzen Andeutungen leicht zu einem Aufsatze werden, der nicht die Rechtlosigkeit der Irren, sondern der Irrenärzte zum Gegenstande hätte. Wir kehren daher zum Schluß noch einmal kurz zu unserm Ausgangspunkte zurück. Wenn wir auch manchen Vorschlägen und Behauptungen Erlennmeyers entgegneten mußten, so enthält seine Arbeit doch so viel Material und so viele beachtenswerte, ja vortreffliche Ratschläge, daß sie allen, denen die Förderung unsers Irrenwesens am Herzen liegt, warm empfohlen werden kann. Jedenfalls ist sie das Beste, was bisher zur Irrenfrage veröffentlicht worden ist.



Ein unbequemer Konservativer

(Schluß)



ie zweite Schrift, über das Sinken der Grundrente und dessen mögliche Folgen, ist ein sehr schludrig gearbeitetes Ding und enthält teils Wiederholungen, teils Ergänzungen des in dem größeren Buche gesagten. 33 Seiten werden mit Tabellen ausgefüllt, die einem 1893 erschienenen Güteradreßbuch der Provinz Pommern entnommen sind. Meyer glaubt, daß 62 adeliche Latifundienbesitzer, 62 wohlhabende Adliche und 35 reiche Bürgerliche samt den Domänen und dem Korperationsgrundbesitz, die zusammen 1114 Güter und beinahe 706 000 Hektar haben, durch Ausnutzung der Krisis ihren Besitz vergrößern werden, daß 159 Besitzer, meistens Adliche, mit 782 Gütern und 463 431 Hektaren, von der Krisis nichts zu fürchten haben, daß es bei 1194 meistens bürgerlichen Gutsbesitzern mit 1476 Gütern und 783 000 Hektaren zweifelhaft ist, wie sie die Krise überstehen werden, und daß unter den übrigen 1200 Gutsbesitzern die 1500 Güter und fast 800 000 Hektar besitzen, „manche sind, die die Krisis nicht überstehen dürften.“ Dieser ganze Tabellen- und Berechnungsapparat ist völlig wertlos. Daß die Latifundien größer werden, wenn sich die kleinern Rittergutsbesitzer nicht mehr halten können, ist allerdings richtig; denn der Satz, daß der kapitalistische Betrieb das Gut desto mehr der Unsicherheit aussetzt, je größer es ist, gilt natürlich nur für das einzelne Landgut, nicht für das Latifundium, weil großer Reichtum den Besitzer über den Wechsel

der Konjunkturen erhebt. Dazu sind die meisten Latifundien als Fideikomnisse gegen jeden Wechsel der Zeiten sicher gestellt. Dagegen sieht man nicht ein, worauf sich der Unterschied stützt, den Meyer zwischen den 1194 und den 1200 Besitzern macht, und das, was er von den 1200 sagt, klingt so harmlos, daß es sich zu sagen gar nicht lohnt, denn zu allen Zeiten, auch wenn die Landwirte im allgemeinen glänzende Geschäfte machen, giebt es immer manche, die zu Grunde gehen. Kommt es doch selbst heute, wo seit mehreren Jahren das Geschrei: Wir gehen allesamt zu Grunde, die Landwirtschaft ist tot! das Land durchtobt, hie und da immer noch vor, daß ein intelligenter Landwirt mit unzureichenden Mitteln ein großes Rittergut kauft und sich so mit sehenden Augen ins sichere Verderben stürzt — warum? vielleicht weil er nun einmal ein Wagehals ist, oder weil er durchaus Schloßherr sein und nicht in den Stand der Kustikalen hinabsteigen will. Wie verwegene mögen da die Herrn erst bei steigenden Preisen sein!

Meyer führt nun aus, daß und warum die Preise noch weiter sinken werden — vorzugsweise deswegen, weil in Argentinien erst ein Prozent des dortigen Weizenbodens bebaut ist —, und meint, die Staatsregierungen könnten unter den obwaltenden Umständen weiter nichts thun; die Maßregeln, die er seinerzeit empfohlen habe: Abstellung der Schuldenwirtschaft und Anerberecht, kämen heute entweder zu spät oder seien nicht mehr durchführbar. Wir selbst haben das wiederholt noch ein wenig allgemeiner ausgesprochen; wir haben gesagt: die unverschuldete Vererbung des ungetheilten Grundbesitzes macht sich in Zeiten, wo sie möglich ist, d. h. bei Überfluß an billigem Boden, ganz von selbst ohne Gesetz, von der Zeit ab dagegen, wo diese natürliche Bedingung schwindet, sind Gesetze, die die unverschuldete und ungeteilte Vererbung erzwingen sollen, nicht mehr durchführbar; der gesetzliche Schutz gegen Verschuldung ist möglich, solange er nicht nötig ist, und unmöglich, wenn er gerade nötig wäre. Meyer glaubt nun, daß die Güter massenhaft von den Hypothekenbanken angekauft werden, und daß diese Aktiengesellschaften den Betrieb selbst übernehmen werden, sodaß auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb den mittlern und den kleinen auffaugen würde. Ob diese Gefahr in Pommern so nahe bevorsteht, wissen wir nicht; in den meisten Gegenden Deutschlands sind wir noch nicht so weit. Als einziges Mittel der Selbsthilfe empfiehlt Meyer, der die von den Agrariern vorgeschlagenen Mittel verwirft, die Anwendung der in Amerika allgemein eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen, die viel vollkommener seien als die bei uns gebräuchlichen. Diese Maschinen erfordern aber zu ihrer Bedienung intelligente Arbeiter, und das seien die Arbeiter Osteliens nicht, könnten es auch nicht werden, weil sie gegen früher, wo sie noch richtiges Deputat bekamen, im Nahrungsstande heruntergekommen und im Vergleich zu ihren Vätern und Großvätern nur noch Krüppel seien. Demnach hänge das Schicksal der ostelbischen Landwirtschaft von der Hebung des Arbeiterstandes ab.

Bei reichlicher Anwendung sehr vollkommener Maschinen, die ja auch Zugvieh ersparten, werde der Körnerbau selbst dann noch rentiren, wenn die Preise noch weiter sanken; der amerikanische Landwirt könne den Weizen billiger liefern als der deutsche, weil viel weniger, aber dafür intelligenter Arbeit darin stecke. Wir lassen es dahingestellt sein, ob nicht Meyer die Bedeutung der Maschine für die Landwirtschaft arg übertreibt, und bemerken nur, erstens, daß auf diesem Wege der landwirtschaftliche Betrieb den kapitalistischen Charakter in noch höherm Grade annehmen würde, zweitens, daß Maschinen nicht allein Vieh, sondern auch Menschen sparen, demnach diese Entwicklung die Menschen noch mehr als bisher vom Lande in die Städte treiben würde, endlich aber, daß wir es mit allen Maschinen so fruchtbaren „Sommerländern,“ wie Argentinien eins ist, in der billigen Getreideerzeugung doch nicht würden gleich thun können, wenn diese einmal im größten Maßstabe von europäischen oder amerikanischen Kapitalisten ausgenutzt werden sollten, was ja nicht ausbleiben kann, wenn nicht eine von den europäischen Regierungen planmäßig geleitete Kolonisation Staaten daraus macht, die ihr Getreide für ihre eigne Bevölkerung brauchen.

Das dritte Buch ist womöglich noch liederlicher gearbeitet als das zweite, aber es ist das bei weitem interessanteste. Der erste Teil enthält nichts als Zitate aus ältern und neuern agrarpolitischen Schriften von vierzig konservativen Autoren. Wir lernen zunächst Thaer als den eigentlichen Vater des kapitalistischen Betriebs der Landwirtschaft in Deutschland kennen. Ehedem galt der Landwirt für einen volkswirtschaftlichen Beamten, der um einen angemessenen Lohn das Volk mit Nahrungsmitteln zu versorgen habe, der Rittergutsbesitzer noch außerdem für einen Mann, dem sein größeres Einkommen und seine Mühe die Ehrenpflicht auferlegten, als unbesoldeter Verwaltungsbeamter thätig zu sein, und für den Militärstaat Preußen war der ländliche Grundbesitz der Quell seiner Wehrkraft. Thaer aber schreibt im Jahre 1809: „Die Landwirtschaft ist ein Gewerbe, welches zum Zweck hat, durch Produktion (zuweilen auch durch fernere Bearbeitung) vegetabilischer und tierischer Substanzen Gewinn zu erzeugen oder Geld zu erwerben. Nicht die mögliche höchste Produktion, sondern der höchste reine Gewinn ist Zweck des Landwirts.“ Nachdem dieser des sittlichen, gemüthlichen, patriotischen und volkswirtschaftlichen Inhalts bare Begriff gerade den rationellen Landwirten in Fleisch und Blut übergegangen war, konnten die ungemüthlichen Geschichten, die wir heute erleben, unmöglich ausbleiben. Sehr entschiedne Gegner der Thaerschen Auffassung sind unter den hier angeführten Autoren Hundeshagen und Bülow. Hundeshagen widerlegt 1831 in seinem Lehrbuche der Forstpolizei die Ansicht, die ganze Aufgabe der Bodenkultur beschränke sich darauf, dem Unternehmer Geld einzubringen; und F. Bülow schreibt 1834: „Für den Privatmann kann es von Wichtigkeit sein, den reinen Ertrag des Grundstücks, das er bebaut, bis aufs höchste zu

steigern. Anders der Staat. Er kennt kein Sondereigentum. Sein Zweck fordert die höchstmögliche Benutzung aller der Grundkräfte, aus denen Güter entspringen, und nur die Kräfte, die ungenutzt und ungekannt vermodern, sind ihm verloren, entzogen, geraubt. Der Bruttoertrag ist es, von dessen Größe der Flor des Nationalwohlstandes abhängt. Was kümmert es die Gesellschaft, ob einzelne einen höhern oder geringern Gewinn von ihren Besitzungen ziehen? Der kleine Wirt, der mehr um sich zu nähren, als auf den Verkauf baut, freut sich wohlfeiler Zeiten, reicher Produktion. *) Der große Gutsherr ist wohl über den geringen Ertrag froh, wenn er durch hohen Preis wertvoll ist.“ v. Bülow-Cummerow schreibt 1844: „Ohne alle Frage gehört es zu den größten Mißgriffen, die ersten Lebensbedürfnisse mit Abgaben zu belegen. Wir wollen hier den philanthropischen Gesichtspunkt übergehen und es der Entscheidung der Regierung überlassen, inwieweit es gerechtfertigt erscheint, dem Teile des Volks, der kein andres Vermögen besitzt als seine Hände, das Salz, das Brot und das Fleisch, das Getreide, das Bier und den Branntwein zu verteuern, und uns zunächst dem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte zuwenden. Der Mensch arbeitet, um leben zu können, daher zuerst und vor allem für seinen Magen; steigen die ersten Bedürfnisse im Preise, so muß er entweder mehr arbeiten, was auch seine Grenzen hat, oder er muß einen höhern Arbeitslohn fordern. Ein Erfahrungssatz ist es aber, daß die Verteuerng immer auf eine Verminderung der Arbeit wirkt, und da nur kräftige und gesunde Arbeiter den höhern Lohn zu verdienen imstande sind, so verarmen die Schwächern, und da sie sich nicht vollständig ernähren können, arbeiten sie überhaupt nicht mehr und fallen so den reichen Mitbürgern zur Last. Die betrübende Zunahme der Völlerei und des Pauperismus haben unstreitig, wenigstens teilweise, ihre Wurzel in der Verteuerng der Nahrungsmittel durch die Mahl- und Schlachtaccise. Wer sich irgend die Mühe giebt, das Leben der Trunkenbolde und die Ursachen zu verfolgen, die sie so weit gebracht haben, wird häufig finden, daß Mangel an guter Nahrung und der Mißmut, der sich daraus erzeugt, die erste Veranlassung dazu gegeben haben. [Die Wirkung bleibt natürlich dieselbe, mögen die Lebensmittelpreise um der Staatsfinanzen willen oder der Bodenrente der Grundbesitzer zuliebe erhöht werden.] Durch billige Preise steigt, durch hohe fällt die Konsumtion.“ Dieser zweite volkswirtschaftliche Grund gegen künstliche Preiserhöhungen wird nun weiter ausgeführt.

Natürlich stellt sich, wie in England, so auch in Deutschland, sofort mit dem kapitalistischen und „rationellen“ Betriebe auch die „Not der Landwirtschaft“ ein, denn wo Kaufmannsgeschäfte betrieben werden, da kommen auch Pleiten vor, und alle, die Pleite machen, schreien: die Landwirtschaft ist in

*) 1891 fragten wir eine Kleinbäuerin: Der jetzige hohe Getreidepreis ist Ihnen wohl gerade recht? — Nein, sagte sie, uns ist lieber, es ist billig, und wir haben viel in der Scheuer.

Not! Thünen huldigte nicht den kapitalistischen Grundsätzen (obwohl er einigermaßen in den Thäerschen Ansichten befangen blieb), aber er bekam doch auch die Wirkungen des kapitalistischen Systems zu spüren. Im Herbst 1826 schreibt er an seinen Bruder Christian: „Die lange projektierte Anlegung des neuen Gartens wurde begonnen, und gerade, wie wir bei dieser Luzzusarbeit waren, traf die Nachricht von der freien Korneinfuhr in England ein.*) In der That war dieses Ereignis zum fernern frohen Lebensgenuß unentbehrlich. Nie standen die Aussichten der mecklenburgischen Landwirte so tief und trübe, als in der Mitte dieses Sommers beim Wollmarkt. Alle Landwirte hatten die Wollproduktion als den letzten Notanker angesehen und ihre letzten Kräfte, ihr letztes Geld hierauf verwendet. Und jetzt, wo wir den Lohn zu ernten gedachten, wurde uns kaum die Hälfte des vorjährigen Preises geboten, und das zu einer Zeit, wo das Korn unter einem Drittel seines frühern Mittelpreises stand, also absatzlos (!) war.“ Avenarius beschreibt 1827 in einer Schrift „Über den Verkauf zahlreicher adlicher Güter in der Provinz Preußen“ die Not der Landwirtschaft in dieser Provinz und giebt dieselben Ursachen dafür an, die wir für die heutige Not, soweit sie besteht, anzugeben pflegen. Am Schlusse heißt es: „Zwar hat auch hier die Gnade des Königs geholfen, soweit dies nur möglich war, denn mehrere haben ansehnliche Summen zur Unterstützung und Aushilfe erhalten. Manche Familie ist dadurch gerettet, aber allen konnte nicht geholfen werden, weshalb viele dem Drange einer schweren, unglücklichen Zeit unterliegen und ihre Güter verlassen mußten.“ Bülow-Cummerow schreibt 1842: „Es ist leicht zu berechnen, daß, wie die Sachen jetzt liegen, die bei weitem größere Mehrzahl der Güter in die Hände des Bürgerstandes kommen wird. Ich spreche davon, was alle Tage der Fall ist, daß gewöhnliche Wirtschaftsinspektoren, Schulzen, Müller, Schuhmacher, Schornsteinfeger, Scharfrichter usw. Rittergutsbesitzer werden.“ Also schon vor siebenzig Jahren hat einmal ein letzter Notanker versagt! Kann man es uns verargen, wenn wir bei dem Notgeschrei der Landwirte kühl bleiben und uns von niemand bange machen lassen, auch von Meyer nicht?

Als Hauptursachen der Not finden wir bei zehn von diesen Agrarschriftstellern angegeben die stetige Steigerung der Güterpreise und die Leichtigkeit des Schuldenmachens, da diese beiden Umständen zusammenwirkten, die Landgüter zu Spekulationsobjekten zu machen, wobei es sich eben von selbst versteht, daß viele dieser Spekulationen mißglückten. Verurteilt Meyer die Hypothekenbanken als höchst verderbliche Anstalten, so sehen die ältern Autoren

*) Es kann hier nur eine vorübergehender Ermäßigung des Zolls nach dem Grundsatz der gleitenden Skala gemeint sein. Bis 1823 war das Getreide in England trotz des hohen Zolls sehr billig gewesen; von da ab stieg der Preis, und das hatte eine Ermäßigung des Zolls zur Folge.

Ann. des Rezensenten

schon in dem Pfandbriefwesen der preußischen Landschaften das Verderben; Verschuldung der Landgüter, meinen sie, dürfe, wenn überhaupt, so doch nur unter der Bedingung der Zwangsamortisirung gestattet werden. Heute ist es recht komisch anzusehen, wie die Landwirte in einem Atem über die Verschuldung jammern und zugleich darüber, daß sie nicht genug Schulden machen können, weil der Kredit zu teuer oder zu schwer zugänglich sei; auch das ist sehr hübsch, wie sie beständig schreien: wir stehen vor dem Bankrott! und zugleich sich darüber beschweren, daß sie keinen billigen Kredit finden; eine wirklich naive Zumutung an Geldinstitute, daß sie Leuten, die sich selbst für bankrott erklären, Geld leihen sollen, und noch dazu billiges, besonders wenn diese Herren außerdem noch den Wunsch aussprechen, Goldschulden mit Silber abtragen zu dürfen. Aus den Äußerungen jener zehn heben wir nur ein paar besonders charakteristische hervor. v. d. Marwitz schreibt: „Die Begierde nach Reichtum bemächtigte sich in der Zeit steigender Güterpreise der Adlichen, und die Leichtgläubigkeit, Kapitalien in die Hand zu bekommen, verführte sie zum Güterhandel auf Spekulation, eine Verderbnis, die in einer deutschen Rechtsverfassung [?], die sich notwendig zur Unveräußerlichkeit des Grundbesitzes herausgebildet hätte, nimmermehr einreißen konnte.“ Auch der Bauer sei in das Verderben hineingezogen worden; er bekomme Geld in die Hände, arbeite nicht mehr, spiele den Herrn. „Statt daß er sonst auf seinem Acker arbeitete, sieht man ihn jetzt [d. h. 1823, seitdem muß er sich bedeutend gebessert haben, wenn er damals wirklich so war, wie ihn dieser preußische Edelmann beschreibt] vor der Hausthür oder im Wirtshause vor der Branntweinflasche sitzen. Wo sonst im Sommer um drei Uhr morgens alles schon munter war, wird es jetzt kaum um sechs Uhr lebendig.“ v. Bülow-Cummerow meint, ein Land, wo das Schuldenmachen in ein System gebracht werde, gehe um so rascher seinem Verderben entgegen, je besser die Zeiten seien. Rosgarten kommt in seinen „Betrachtungen über die Veräußerung und Teilbarkeit des Landbesitzes“ (1842) zu demselben Ergebnis wie vor ihm Niebuhr: „Alle deutschen Staaten, die nicht ganz stationär sind, gehen mit ihrer Gesetzgebung dahin, wo die Italiener sind: in den Städten Pflücker und Krämer, auf dem Lande zeitpachtendes und tagelöhnerndes Lumpengesindel.“

So schlimm ist es nun glücklicherweise in den 54 Jahren, die seitdem verfloßen sind, im größern Teile Deutschlands noch nicht geworden, und es ist schwer zu sagen, was bei Unteilbarkeit und Unverschuldbarkeit der Güter aus den 22 bis 25 Millionen Menschen, um die sich seitdem die Bevölkerung des Gebiets des jetzigen deutschen Reichs vermehrt hat, hätte werden sollen. Vielleicht also haben die Staatsmänner, die, dem Drange der Not gehorchend, als revolutionär verschrieene Reformmaßregeln trafen, nicht so ganz Unrecht gehabt, und die Worte, die Meyer aus Hardenbergs Denkschrift von 1807 anführt, verdienen von Zeit zu Zeit immer wieder einmal erwogen zu werden:

„Der Wahn, daß man der Revolution am sichersten durch Festhalten am Alten und durch strenge Verfolgung ihrer Grundsätze entgegentreten könne, hat besonders dazu beigetragen, die Revolution zu befördern und ihr eine stets wachsende Ausdehnung zu geben. Die Gewalt dieser Grundsätze ist so groß, sie sind so allgemein anerkannt und verbreitet, daß der Staat, der sie nicht [freiwillig] annimmt, entweder seinem Untergange oder der erzwungenen Annahme entgegensetzen muß. Also eine Revolution in gutem Sinne, geradehin führend zu dem großen Zwecke der Veredlung der Menschheit, durch Weisheit der Regierung und nicht durch gewaltsame Impulsion von innen oder außen — das ist unser Ziel, unser leitendes Prinzip.“ Freilich sprach und schrieb man so erst, nachdem die „gewaltsame Impulsion von außen“ schon erfolgt war und dazu genötigt hatte. Ein paar Jahre vorher war Ernst Moritz Arndt von den Edelleuten des damals noch schwedischen Neuvoorpommerns als Leutenverderber und Bauernaufbeher verfolgt worden, weil er die Bauernlegerei des Fürsten Putbus gegeißelt hatte; aber der König Gustav IV. schlug die Untersuchung gegen ihn nieder und reformierte ebenfalls.

In der Zeit, wo in England der brutalste Kapitalismus seine Orgien feierte, deren Lust eben erst anfang von der chartistischen Lärmtrumpete gestört zu werden, war in Deutschland der humane Geist der Klassikerzeit noch lebendig, der erst später in Verruf erklärt werden sollte. So schrieb Bodz Raymond in seinem Werke: Staatswesen und Menschenbildung (1837—1839), es sei nicht die Aufgabe des Staats, dafür zu sorgen, daß jemand reich werde, hier oder dort Reichtümer auf Reichtümer sich häuften, sondern, daß keiner arm bleibe, nicht einer Not leide, und die Schriften und Briefe Thürens sind ganz von dem Geiste edelster Humanität befeelt. In einem Briefe an seinen Bruder Christian vom Jahre 1830 heißt es: „In einem sehr lebhaften Gespräch mit Heinrich über die großen Gegenstände war es mir, als wenn sich plötzlich die Zukunft den Blicken öffnete, und ich sah in den kommenden Jahrhunderten einen andern furchtbaren Kampf beginnen, der zu seiner Entscheidung vielleicht ein halbes Jahrtausend voller Zerstörung und Elend bedarf. Ich meine den Kampf zwischen dem gebildeten Mittelstand und dem gemeinen Volk, oder eigentlich zwischen dem Kapitalisten und dem Handarbeiter. In der gegenwärtigen Krisis ist zwar alles durch das Volk, aber nichts für das Volk geschehen. Nur der Mittelstand hat Rechte gewonnen, kann diese künftig vertreten, der Handarbeiter hat nirgends Zutritt zu den Kammern gefunden, kann auch auf seiner jetzigen Bildungsstufe sich nicht selbst vertreten. Wem aber ist die Vertretung der Rechte des Volkes — der Handarbeiter — anvertraut? Alle Schriftsteller über Nationalökonomie sind darin einverstanden, daß die Summe der zum Lebensunterhalt notwendigen Subsistenzmittel der natürliche Arbeitslohn sei. Die Wissenschaft beherrscht notwendig die Meinung aller Menschen, und so finden wir auch, daß alle Regierungen, alle Repräsentanten diesem

Grundsatz huldigen, und so wird jedes Streben nach höherm Lohn als Auf-
ruhr betrachtet und bestraft. Niemals ist der Mensch furchtbarer, als wenn
er im Irrtum ist, er kann dann ungerecht, grausam sein, und sein Gewissen
ist ruhig, denn er glaubt ja seine Pflicht zu erfüllen. Wird das Volk aber
jemals die Ansicht der Nationalökonomten teilen, wird es sich überzeugen, daß
die furchtbare Ungleichheit in der Belohnung der geistigen und der körper-
lichen Arbeit, sowie der Dienste des Kapitals in der Natur der Sache begründet
sei? Durch solche Betrachtungen angeregt, wurde ich mit solcher Gewalt zu
meinen frühern, schon jahrelang fortgesetzten Untersuchungen über das Ver-
hältnis zwischen Zinsfuß und Arbeitslohn zurückgetrieben, daß ich innerhalb
vier Wochen keines andern Gedankens fähig war, obgleich meine Gesundheit
sehr darunter litt.“ An denselben Bruder schrieb er dreizehn Jahre später:
„Die Unterthänigkeit ist aufgehoben, aber statt deren tritt in allen Ländern,
selbst in dem freien England, für den Arbeiter ein Beschränken auf einen ge-
wissen Raum, eine zurückweisende verächtliche Behandlung, die drückender ist
als jene. Dies kann nicht der Zweck des Weltgeistes sein, und wir erkennen
daraus, daß in unsrer bürgerlichen Gesellschaft ein ungeheurer Grundfehler
steckt, der durch kein Palliativmittel zu heben ist.“ In einem Briefe an seine
Tochter kommt der Satz vor: „Ist es nicht unedel, glücklich sein zu wollen,
wenn dies nur durch das Unglück andrer erlangt werden kann?“ Daß er
nach seinen Grundsätzen gehandelt haben muß, geht aus der Haltung der
Arbeiter gegen ihn im Jahre 1848 hervor; nicht allein standen seine eignen
Leute treu zu ihm, sondern auch die Arbeiter der andren mecklenburgischen
Güter sagten, gegen Tellow solle nichts unternommen werden, ja sie wollten,
wenn es nötig wäre, zu Hilfe kommen.

Der zweite Teil des Buches enthält Briefe der Herren v. Heyden-
Kartlow, v. Blankenburg, v. Knebel-Düberig, Andrae, Niendorf, des Geheim-
rats Wagener und des Grafen Belcredi an Meyer und einige an Bismarck
gerichtete Denkschriften und Berichte Wageners. Die Briefe und Denkschriften
der preussischen Herren geben ein freilich lückenhaftes Bild der katheder-
sozialistischen Bewegung, und die des Grafen Belcredi bilden einen Beitrag
zur Entstehungsgeschichte der neuen österreichischen Gewerbegesetzgebung.
Heyden spricht u. a. den richtigen Gedanken aus, daß die vielbeklagte Kreditnot des
Grundbesitzes nicht sowohl eine Kreditnot als eine Vermögensnot sei. So ist's!
Wer Vermögen hat, der hat auch Kredit, und jeder hat nach dem Maße seines
Vermögens Kredit. Die sogenannte Kreditnot besteht darin, daß sich Leute,
deren Vermögen für ihre Ansprüche zu klein ist, das Fehlende durch Darlehen
verschaffen wollen, die sie nicht oder wenigstens nicht zu einem niedrigen Zins-
fuße erhalten, weil sie keine oder keine angemessene Sicherheit gewähren können.
Als Stimmungsbild ist der Brief dieses Herrn vom 19. März 1871 (es steht
verdrückt 1891) interessant. „Ihr »salonfähiger« Sozialismus hat mir sehr

gefallen. So ist es recht, das Manchesterium mit seiner freien Konkurrenz gehört in die Arena der Gladiatoren und Tierhegen, der Gaukelbuden und Reklamefabriken. Welche Herrlichkeit wäre es, wenn der jetzige Aufschwung der Gemüther mit der Geldabundanz durch die Kriegskostenentschädigung benutzt würde, den Sozialismus κατ' ἐξοχήν [?] einzuführen bei der germanischen Menschheit! Alle Elemente dazu sind vorhanden. Der Schulzwang hat eine große Menge von Erkenntnis in den Massen verbreitet. Die Militärpflicht hat eine unendliche Menge persönlicher Tüchtigkeit gebildet. Das Recht zum dritten Examen hat eine Menge von vorragenden Intelligenzen ausgesondert. Diese drei starken Fundamente des preußischen Staates sind die Grundlagen der sozialen Idee und machen sie nicht allein ausführbar, sondern werden sie zum Gefolge haben. Die Massen werden und wollen sich nicht länger ausbeuten lassen vom Kapitalismus der Manchesterleute, sie wollen sich nicht berauben lassen von den Eisenbahnkompagnien, Versicherungskompagnien und Bankierskonsortien. Wir unglücklichen Heloten der Arbeit, wir, das heißt Sie und ich und alle arbeitenden Menschen, wir erkennen immer allgemeiner, daß wir nicht länger für Kompagnien und Konsortien arbeiten wollen, sondern für die ganze Staatssozietät, wir wissen, daß uns Verwaltungsbeamte nicht fehlen werden, daß Staatsbeamte in der Verwaltung nach heutiger Sachlage die ehrlichen, die strammen, die pflichttreuen Beamten sind.“ Es gehört kein großer Scharffinn dazu, einzusehen, daß die drei spezifisch preußischen Einrichtungen: Schulzwang, allgemeine Dienstpflicht und Einbeziehung möglichst vieler Lebenskreise in die Staatsaufsicht und bürokratische Staatsverwaltung, zum Sozialismus führen oder eigentlich schon die Anerkennung des Sozialismus im Prinzip sind, und daß diese Wahrheit von den damals Bismarck nahe stehenden Kreisen verbreitet wurde, war natürlich nicht eben geeignet, die gleichzeitig von unten herauf andringende sozialistische Bewegung einzudämmen. Dabei waren die Herren in einer gefährlichen Täuschung befangen, wenn sie meinten, das Volk werde in ihnen, den Rittergutsbesitzern, unglückliche Heloten der Arbeit, Mitflaven und Verbündete sehen, und der von oben geschürte Unwille gegen das Kapital werde vor seinen beiden dauerhaften Formen, der Großindustrie und dem Großgrundbesitz, Halt machen. Auch wird man nicht leicht einen Bankier finden, der nicht ebenfalls ein hart arbeitender Sklave zu sein behauptet, und von den Kleinern, die täglich acht bis zehn Stunden in ihren Kontors stehen, gilt das ja auch ganz gewiß, während allerdings solche Leute wie die Verwaltungsräte nicht leicht jemand einreden werden, daß ihre Arbeitslast einen Lohn von jährlich 10—30 000 Mark wert sei, und da hat denn die Folgezeit die unangenehme Entdeckung gebracht, daß es unter den konservativen Großgrundbesitzern nicht wenige giebt, die einen so leichten Verdienst durchaus nicht verschmähen.

Die Hauptbestandteile der spätern Sozialpolitik: Zwangsversicherung und

Arbeiterschutz, sind von jenen Männern gefordert und begründet worden. Wie weit die Ausführung ihren Ideen und Plänen entspricht, das einmal darzustellen wäre Professor Adolf Wagner der berufenste; dabei würde er ohne Zweifel dem einen der Wagenerischen Programmpunkte eine besonders helle Beleuchtung angeheißen lassen, der lautet: „Um jeden Preis ist zu verhindern, daß die arbeitende Bevölkerung nicht zu einer großen, kompakten oppositionellen Masse sich zusammenschließt.“ Zunächst drängten die Männer des Kathedersozialisten-Kongresses, die man als die Väter des Evangelisch-sozialen Kongresses bezeichnen darf — zum Teil sind es ja dieselben Personen —, auf eine gründliche Untersuchung der Arbeiterverhältnisse. Es sei ein offener Skandal, äußerte Professor Held auf einem der Kongresse, daß wir von den sozialen Verhältnissen Englands mehr wüßten als von unsern eignen, und wenn man Geld hätte, um den Venusdurchgang beobachten zu lassen und das Innere von Afrika zu erforschen, so müßte auch welches dafür vorhanden sein, die Lage der deutschen Arbeiter festzustellen. Nur, schreibt Wagner an Bismarck, müßte die Untersuchung auch wirklich nach den englischen Vorbildern ausgeführt werden. „Eine Enquête durch Beamte wird schwerlich jemals dazu führen, etwas zu erfahren und festzustellen, was der dirigierende Minister nicht wissen will, oder was dem herrschenden System unbequem ist, und es verlohnt sich deshalb kaum des Aufwandes an Zeit, Mühe und Geld, eine solche auf Illusionen hinauslaufende Enquete vorzunehmen.“ Was würden jene Männer gesagt haben, wenn man ihnen prophezeit hätte, daß zwanzig Jahre später Personen, die freiwillige und kostenlose Beiträge zur Kenntnis der sozialen Lage liefern, indem sie in Versammlungen oder in der Presse Übelstände aufdecken, unter dem Vorwande der Beleidigung oder des groben Unfugs bestraft werden würden?

Der Bericht Wagners über einen der Kongresse — daß es der von 1874 gewesen sei, erfährt man auf S. 274 ganz zufällig — enthält eine Charakteristik der Führer. Als unbedingte Anhänger des Staatssozialismus werden genannt: Adolf Wagner, von Scheel aus Bonn, Sannasch aus Dresden und Hildebrand aus Jena. „Alle diese Herren gehören zur Schule Lorenzens von Stein in Wien, haben von Robertus-Fagekow gelernt und stehen politisch ungefähr auf dem Standpunkte, den Herr von Blandenburg und ich in den Jahren 1865 bis 1869 vertreten haben. Der alte Professor Roscher aus Leipzig und sein Sohn Dr. Roscher aus Bittau, sowie Professor Köppler aus Rostock dürften ähnlich stehen, obschon sie mit den Kathedersozialisten als solchen nicht harmoniren. Diejenige Partei, die durchaus im Manchesterturne wurzelt und schon 1872 nur erschienen war, um Wasser in den Wein zu gießen und die Bewegung wieder allmählich in das Fahrwasser des volkswirtschaftlichen Kongresses hinüber zu leiten, stand bis 1873 unter Gneists und Engels Führung. . . . Von Professoren gehören, und auch nur bedingungs-

weise, Brentano in Breslau und Knapp in Straßburg zu dieser Partei. Zu ihrer Unterstützung hatten diese Herren sich die Führer der Gewerkvereine, Duncker und Hirsch, mitgebracht, die wieder ein Gefolge von Gewerkvereinlern um sich sammelten, an die sich wieder einige Arbeitgeber und Verwaltungsbeamte wie Borchardt aus Berlin und Wolff aus Meerane anlehnten.“ Der Streit zwischen den beiden Parteien bewegte sich vorzugsweise um die Organisation der Arbeiterschaft. Die Liberalen wollten natürlich Koalitionsfreiheit und Gewerkvereine nach englischem Muster, die konservativen Kathedersozialisten dagegen die Zwangsversicherung; ja diese entschieden sich sogar für die Bestrafung des Kontraktbruchs, obwohl der Referent, Held, dagegen gesprochen hatte. Wagener mißbilligt diese Entscheidung. Er berichtet u. a.: „Wenn die Verteidiger der Bestrafung des Kontraktbruchs auf die Schäden hinwiesen, die aus dem Allgemeinwerden von Kontraktbrüchen für Industrielle und für die Industrie im allgemeinen erwachsen, so wurde [dagegen] geltend gemacht, daß die Kontraktbrüche der Industriellen und namentlich der Handwerker weit häufiger und eine von Alters her sehr wohlbekannte Thatsache seien, ohne daß man bisher daran gedacht habe, sie kriminell bestrafen zu wollen. Das einzig durchschlagende Motiv für die ganz exzeptionelle Bestrafung der Arbeiter sei, daß man bei der vollen Freizügigkeit und Gewerbefreiheit den Arbeiter schwer fassen und bei seiner notorischen Armut ihm auf zivilrechtlichen Wege keine Entschädigung für den Kontraktbruch auferlegen könne. Acceptire man die diesen Motiven zu Grunde liegenden Thatsachen, so sei es offenbar richtiger, die Arbeiter zu organisiren und sie solidarisch haftbar zu machen. Die Sozialdemokratie werde übrigens dankbar dafür sein, daß die bettelhafte Armut der Arbeiter jetzt selbst von der Gesetzgebung zugestanden werde.“

Man muß gestehn, das Motto, das Meyer auf dieses Buch gesetzt hat, paßt vortrefflich: „Alles Gescheite ist schon gedacht worden, man muß nur versuchen, es noch einmal zu denken.“ Es auch immer und immer wieder zu sagen, dazu gehört allerdings ein gewisser Mut. Meyer hat diesen Mut, wird aber damit unter den heutigen Umständen nicht viel ausrichten. Er hat seinerzeit für einen bedeutenden Nationalökonomem gegolten und scheint sich in Osterreich und Frankreich noch heute eines gewissen Ansehens zu erfreuen. Aber mit den Konservativen im deutschen Reiche hat er es gründlich verdorben, die Liberalen mögen selbstverständlich nichts von ihm wissen, die Ultramontanen und die Sozialdemokraten aber brauchen ihn nicht, denn die einen haben ihre sozialpolitischen Jesuiten, und diese haben so schon mehr Gelehrte, als ihre Klasse zu tragen vermag. Dazu erschwert Meyer seinen neuern Veröffentlichungen den Eingang durch die Nachlässigkeit der Form — seine Kränklichkeit, die er öfter erwähnt, kann man einigermaßen als Entschuldigung gelten lassen — und durch wegwerfende Urteile über verdiente Fachmänner wie die Professoren von der Goltz und Max Weber und den badischen Minister Buchenberger.

Uns hat das alles nicht abgehalten, auf das Beachtenswerte in seinen Büchern hinzuweisen. Die Konservativen werden ihm vielleicht Absolution erteilen, wenn sie erfahren, daß er, wie man auf S. 290 der „Hundert Jahre“ liest, schon einmal wegen einer Duellforderung auf der Festung gefessen hat.



Unsre Volkstrachten



ie dahinschwindende Volkstracht zu erhalten bemüht man sich jetzt in den verschiedensten Teilen Deutschlands. Aus kleinen, fast zufälligen Anfängen, die belächelt wurden, ist diese Bewegung zu einer sozialen geworden. Sie will uns mit den Trachten den guten deutschen Bauer erhalten, der sich allein noch nicht überall städtisch-modisch-charakterlos trägt. Das scheint ja sehr äußerlich angefaßt zu sein, es greift aber doch bis in den Kern. Denn in der Tracht spricht sich das Standesgefühl aus, das einen wichtigen Teil des Volkes zusammenhält, und dieselbe Pietät, die die Formen und Farben der Kleidung der Eltern und Großeltern nicht verlieren will, hält auch gegen zersezende Einflüsse auf andern Gebieten Stand. In einem Schriftchen des badischen Volkschriftstellers Dr. Hansjakob,^{*)} der aus dem an Volkstrachten noch reichen Schwarzwalde stammt, heißt es: „Wer an der Tracht des Bauern rüttelt, rüttelt am ganzen Bauer, also auch an seinen religiösen und staatlichen Anschauungen.“ Nun wissen wir wohl, daß der Übergang Deutschlands zum Industriestaat gerade am Bauer noch gehörig rütteln wird. Was ihm in frühern Jahrhunderten die Kriege anthaten, die ihn nicht zur Ruhe kommen ließen, das besorgt heutzutage der Verkehr. Hier entwertet er, und dort steigert er, und im allgemeinen nicht zu Gunsten des Bauern. Der steht bei weitem nicht mehr so fest auf seinem Boden wie früher. Aber gleichviel, solange er die Verbindung mit seinem Boden festhält, bleibt er der gesündeste, zufriedenste, in Wahrheit

^{*)} Unsre Volkstrachten. Ein Wort zu ihrer Erhaltung von Pfarrer Hansjakob. Vierte, erweiterte Auflage. Freiburg, 1896. Auf dem Titel ist ein reizendes Köpchen mit der Spizenhaube der nördlichen Schwarzwälderinnen abgebildet. Die Rückseite trägt ein Gruppenbild, wo zwar die Tracht gut gegeben, aber das Gesicht der Bäuerin städtisch verfeinert ist. Es giebt ja dort so feine Gesichter, aber das sind doch nicht die, die man wiedergiebt, wo „die Gattung“ gezeigt werden soll. Durch solche verfeinerte Trachtenbilder haben die Maler dem Volk und der Kunst geschadet.